

---

**3817/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 25.11.2009**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Korun, Grünewald, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit

betreffend Kommunikationsdefizite in der Gesundheitsversorgung von MigrantInnen

In den letzten Jahre gab es mehrere Studien zu interkulturellen Belangen im Gesundheitswesen. Gerade MigrantInnen, welche die deutsche Sprache noch nicht gut beherrschen, haben im Kontakt mit diversen Gesundheitseinrichtungen sowohl sprachliche als auch kulturelle Barrieren zu überwinden. Die Studie „Sprach- und Kulturmittlung“ bzw. „Kommunaldolmetschen im Gesundheitsbereich“ (Christiane Stofner, 2006), sowie eine Studie des Gesundheitsministeriums mit dem Titel „Interkulturelle Kompetenz im Gesundheitswesen“ („IKG“) stellten 2005 fest, dass *„die gesamte Kommunikation und Information zwischen medizinischem Personal und MigrantInnen schlecht und ungenügend abläuft“* und prinzipiell *„DolmetscherInnen fehlen“*. Auch bestätigen ärztliche Befunde aus dem Jahr 2009, welche mit eindeutigen Anmerkungen dahingehend versehen wurden, dass derzeit ein Kommunikationsdefizit in der Gesundheitsversorgung von MigrantInnen besteht.

Das Fehlen einer klaren Kommunikationsmöglichkeit, wie z.B. über professionelle DolmetscherInnen, erhöht nachweislich den Kostenaufwand im Gesundheitssektor (Studie von Hampers and McNulty 2002). So behandeln Ärzte bei PatientInnen, mit denen sie nicht gut kommunizieren können, generell konservativer und nehmen überwiegend stark gerätemedizinische Zusatzuntersuchungen vor. Diese sind teuer, ebenso wie das häufige Wechseln von ÄrztInnen („Drehtüreffekt“) bei MigrantInnen, die aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten nicht hinreichend behandelt werden.

Daher wurde im Bericht des Gesundheitsministeriums „Interkulturelle Kompetenz im Gesundheitswesen“ diverse Vorschläge zur Verbesserung der derzeitigen Lage gemacht. Diese umfassten vor allem die Sicherstellung des Zugangs zu adäquaten Dolmetschdiensten in der Gesundheitsversorgung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## ANFRAGE:

1. Ist die Errichtung eines eigenen Pools an ausgebildeten DolmetscherInnen für den Gesundheitsbereich vorgesehen?
  - a. Falls ja: Ab welchem Zeitpunkt soll dieser eingesetzt werden und in welchem Umfang?
  - b. Falls nein: Angesichts der sich aus dem Fehlen ergebenden Problemen finanzieller wie gesundheitlicher Natur - weshalb nicht?
  - c. Falls nein: Welche anderen Maßnahmen werden Sie stattdessen ergreifen, um eine professionelle Kommunikation zwischen fremdsprachigen PatientInnen und deren ÄrztInnen zu ermöglichen?
2. Wurden in Folge der Studie des Gesundheitsministeriums 2005 („IKG“), welche feststellte, dass es im Gesundheitsbereich an DolmetscherInnen fehlt, Maßnahmen gesetzt, um dies zu ändern?
  - a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
3. Wurden in Folge der Studie IKG, welche feststellte, dass Rolle und Kompetenzen der Übersetzenden im Gesundheitsbereich noch ungeregelt sind, Maßnahmen gesetzt, um diese zu regeln?
4. Wurden Maßnahmen gesetzt, um professionelle DolmetscherInnen für den Gesundheitsbereich auszubilden?
  - a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
5. Wurden zu diesem Punkt bereits Gespräche mit dem Bundesministerium für Wissenschaft geführt?
  - a. Falls ja, was war der Inhalt dieser Gespräche und was war deren Ergebnis?
6. Werden Universitäten von Ihnen dazu angehalten, Kommunal-dolmetscherInnen auszubilden?
  - a. Falls nein, warum nicht?
  - b. Falls nein, welche anderen Bildungseinrichtungen sollen Ihrer Meinung nach Kommunaldolmetscher ausbilden?
7. Wurden in Folge der Studie IKG, welche feststellte, dass eine systematische Ausbildung von ÄrztInnen und PflegerInnen in interkultureller Kompetenz fehlt, Maßnahmen gesetzt um diese zu gewährleisten?
  - a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
8. Wurden zu diesem Punkt bereits Gespräche mit dem Bundesminister für Wissenschaft geführt?

- a. Falls ja, was war der Inhalt dieser Gespräche und was war deren Ergebnis?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Gespräche voraussichtlich geplant und welchen Inhalt werden sie haben?
9. Wurden in Folge der Studie IKG, welche feststellte, dass im Gesundheitswesen der Bedarf an fachlich kompetenten DolmetscherInnen nicht erkannt wird, Maßnahmen gesetzt, um dies zu ändern?
- a. Falls ja, welche Maßnahmen genau und an wen richten sich diese Maßnahmen (ÄrztInnen; PatientInnen; Krankenhausträger etc.)?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
10. Wurden in Folge der Studie IKG, welche empfohlen hatte, dass MigrantInnen für Krankenpflegeberufe interessiert und angeworben werden sollen, Maßnahmen gesetzt, um dies zu gewährleisten?
- a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
11. Wie hoch ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die einen Beruf im Gesundheitswesen haben aufgeschlüsselt auf ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und andere?
12. Hat sich der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund mit Beruf im Gesundheitswesen seit dem IKG Bericht 2005 verändert?
13. In welche Richtung und in welchem Ausmaß hat sich dieser Anteil aufgrund Ihrer Maßnahmen verändert?
14. Wie hoch würden Sie die möglichen jährlichen Ersparnisse, welche durch verbesserte Kommunikation zwischen Gesundheitspersonal und PatientInnen mit nichtdeutscher Muttersprache entstünde schätzen?
15. Wie wird von Ihnen sichergestellt, dass ÄrztInnen auch bei PatientInnen mit fehlenden Deutschkenntnissen ihrer ärztlichen Aufklärungspflicht nachkommen können?
16. Wie stehen Sie zum Einsatz von Laien als ÜbersetzerInnen bei Arztgesprächen bzw. Gesprächen mit Gesundheitspersonal?
17. Wurden in Folge der Studie IKG, welche strikt davon abrät, Laien, wie z.B. Reinigungspersonal, für Übersetzungen zwischen ÄrztInnen und PatientInnen heranzuziehen, Maßnahmen gesetzt um dies zu verhindern?
- a. Falls ja welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?

18. Was wurde diesbezüglich in den Qualitätsmanagementsystemen der Krankenhäuser verankert?
19. Wie werden die niedergelassenen Arztpraxen bei Dolmetschbedarf unterstützt?
20. Welche Maßnahmen wurden gesetzt, damit niedergelassene ÄrztInnen bei Bedarf auf Dolmetschdienste zurückgreifen können?
21. Wurden zu diesem Thema Gespräche mit den Gebietskrankenkassen und den Ländern geführt?
  - a. Falls ja, was war das Ergebnis dieser Gespräche?
22. Wohin bzw. an wen kann sich ein niedergelassener Arzt, der Übersetzungshilfe benötigt, wenden?
23. Wer trägt in einem solchen Fall die Kosten der angeforderten Dolmetscherin / des angeforderten Dolmetschers?
24. Wurden Maßnahmen gesetzt, um dem vielfachen Einsatz von Kindern als Laien-DolmetscherInnen Einhalt zu gebieten?
  - a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
25. Wurden konkrete Sensibilisierungsmaßnahmen bei Krankenhauspersonal und auch Eltern gesetzt, um dem Einsatz von Kindern als Laien-DolmetscherInnen entgegenzuwirken?
  - a. Falls ja, welche Maßnahmen genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
26. Wer haftet nach derzeitigem Rechtsstand für mangelhafte Aufklärung, Fehlbehandlungen oder Fehldiagnosen, wenn diese durch eine mangelhafte Übersetzung einer/eines Laien-Dolmetschers/-Dolmetscherin hervorgerufen wurden?
27. Welcher Ablauf ist derzeit in Krankenhäusern vorgesehen, wenn ein/e PatientIn ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Ambulanz kommt?
28. Wie wird in diesem Fall mit dem/der PatientIn kommuniziert?
29. Wer ist derzeit für die Organisation eines Dolmetschdienstes in Krankenhäusern verantwortlich?
30. Wem obliegt derzeit die Kostentragung für Dolmetschdienste in der Gesundheitsversorgung?

31. Wo ist diese Kostentragung derzeit rechtlich geregelt?
32. Ist eine Überwälzung der Kosten auf die/den jeweiligen PatientIn, welche einen DolmetscherIn in Anspruch nimmt, vorgesehen?
33. Werden den Krankenhäusern von Ihrem Bundesministerium Gelder für die Dolmetschkosten zur Verfügung gestellt?
- a. Falls ja, in welcher Höhe?
34. Wie wird die Kostentragung im Falle von – oft mittellosen - AsylwerberInnen geregelt?
35. Wurden diesbezüglich Gespräche mit dem BMI geführt?
- a. Falls ja, was war das Ergebnis dieses Gesprächs?
  - b. Falls nein, für wann sind solche Gespräche geplant?
36. Wie viele KommunaldolmetscherInnen werden derzeit österreichweit in Krankenhäusern eingesetzt?
37. Wie viele muttersprachliche BeraterInnen werden derzeit österreichweit in Krankenhäusern eingesetzt?
38. Wurden von Ihnen Maßnahmen zur Qualifizierung von Kommunal-  
dolmetscherInnen angeregt?
- a. Falls ja, welche genau?
  - b. Falls nein, weshalb nicht?
  - c. Falls nein, für wann sind solche Maßnahmen voraussichtlich geplant und welche werden das sein?
39. Wie oft wurden, aufgeschlüsselt auf die Jahre 2005-2009, MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen, welche auf so genannten „internen Listen“ als fremdsprachenkundig angeführt werden, für Übersetzungsdienste herangezogen?
40. Müssen diese MitarbeiterInnen eine bestimmte sprachliche Qualifikation nachweisen?
- a. Falls ja, welche und wodurch?
41. Gibt es Qualifizierungsmaßnahmen für diese MitarbeiterInnen?
- a. Falls ja, welche und finden diese bundesweit statt?
42. In welchem prozentuellen Ausmaß wird derzeit der Bedarf an DolmetscherInnen durch solche interne MitarbeiterInnen abgedeckt?
43. Wird der Einsatz dieser MitarbeiterInnen für Übersetzungsarbeiten gesondert in ihren Dienstverträgen geregelt?
44. Werden diese MitarbeiterInnen für Ihre Übersetzertätigkeit von ihrer eigentlichen Arbeitstätigkeit freigestellt?
45. Wird diesen MitarbeiterInnen die Übersetzertätigkeit gesondert vergütet?